

SCHAMPUS MAGAZIN



KRISENSITZUNG

AUSGABE 89 | 2021 | GRÜNE JUGEND HESSEN

Inhalt

6 – 13

Krisen verbinden

36 – 45

Pflegenotstand

14 – 19

Futurismus -
Zukunft aber
für wen?

46 – 47

Queerpolitik der
EU- ein leuchtendes
Vorbild?

20 – 25

Geld ist für alle da

48 – 49

Impressum

26 – 28

Das Heute entscheidet
über das Morgen

29 – 35

Piccolo - Schule in
der Krise – und
nach der Krise

Krisen



Zeiten

Sitzung

Editorial

Liebe Freund*innen,

Eine neue Coronawelle kommt, eine neue Regierung auch ...und nun auch ein neuer SCHAMPUS. Das Thema: Krisensitzung.

Zu der Zeit, in der ich dieses Editorial schreibe, verhandeln BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gerade über eine kommende Koalition mit der FDP - mal seh'n, wer noch. Der scheinbar erwartete „Linksrutsch“ ist ausgeblieben. Währenddessen scheitert die türkis-grüne Koalition in Österreich.

Und dennoch gibt es auch einige große Gewinne zu verzeichnen: Die grüne Bundestagsfraktion ist so groß, jung und divers wie nie, ohne uns wird auch nachhaltig keine Regierung möglich sein. Debbie (hier noch einmal Herzlichen Glückwunsch an dieser Stelle) ist MdB und zum ersten mal werden auch trans Personen und Schwarze Frauen in unserem Parlament vertreten!

Es zeigt sich: Wir als GRÜNE übernehmen wachsend mehr Verantwortung; Verantwortung, die mitunter auch tückisch sein kann. Dies mahnt uns die aktuelle Situation in Österreich, aber auch die letzte Bundesregierung mit GRÜNER Beteiligung. Politische Verantwortung bedeutet auch, sich kniffligen Fragen stellen zu müssen: Wer sitzt in den entscheidenden Gremien, wer ist am öffentlichen Diskurs beteiligt und für wen kämpfen wir? Diesen Fragen will sich diese SCHAMPUS-Ausgabe annehmen.

Eins ist gewiss: Die nächste Krise kommt. Wer dann an der (metaphorischen) Krisensitzung teilnimmt, ist unsere Entscheidung; unsere Verantwortung. Unser Leitspruch muss lauten: Mehr Demokratie, mehr Diversität wagen. Wir sind bereit, weil wir es sein müssen.

Viel Spaß mit dieser Schampus-Ausgabe über Krisen, Klima und Kapitalismus.

Eure SCHAMPUS-Redaktion

K R I

V E

B I N

S E N

R .

D E N

„Fight every crisis“ ist eine Forderung, die in den letzten Monaten immer wieder von Klimaaktivist*innen zu hören war. Sie fordern, auch in der Klimakrise – nicht nur während der Coronapandemie – auf die Wissenschaft zu hören und entsprechend drastische Maßnahmen zu ergreifen. Dieser Forderung müssen wir uns anschließen:

Krisen, die zusammen wirken und gemeinsame Ursachen haben, können wir nicht einzeln bekämpfen.

Wir müssen sie zusammen denken und auch zusammen bekämpfen, wenn wir wirklich ein gutes Leben für alle wollen. Dabei geht es unter anderem, aber nicht nur, um die Coronapandemie und die Klimakrise. Wir wissen alle, dass beide zusammengehören: Bereits jetzt sind etwa 60% aller Infektionskrankheiten bei Menschen Zoonosen, also Krankheiten tierischen Ursprungs.¹ Weitere Pandemien sind in der Zukunft wahrscheinlich, wenn wir den dringend notwendigen Schutz der Biodiversität und des Klimas nicht endlich angehen.

Klimaschutz allein ist aber auch nicht die Lösung. Wir müssen viele weitere Krisen mit einbeziehen, wenn wir sie aktiv bekämpfen wollen: Unsere Gesellschaft ist noch immer postkolonial und rassistisch geprägt, sie ist nicht sozial gerecht und Diskriminierungen von Frauen, Menschen mit Behinderung, migrantischen und migrantisierten Menschen, LGBTQIA* und vielen weiteren gesellschaftlichen Gruppen sind weiter an der Tagesordnung. Unser kapitalistisches Wirtschaftssystem beutet Menschen und Natur auf der ganzen Welt, insbesondere aber im Globalen Süden, rücksichtslos aus. Diese Themen dürfen wir nicht einfach außen vor lassen. Wir können nicht abwarten, dass wir die Klimakrise gelöst haben, bis wir uns diesen Themen widmen. Nicht nur, weil Milliarden von Menschen tagtäglich darunter leiden,

1 [Heinrich-Böll-Stiftung, boell.de/de/2021/01/06/zoonosen-tierproduktion-pandemie-gesundheit](https://www.boell.de/de/2021/01/06/zoonosen-tierproduktion-pandemie-gesundheit)

sondern auch, weil wir die Klimakrise nicht lösen können, ohne das System als Ganzes zu überdenken.

Dass das aber nicht mal ansatzweise in ausreichender Weise geschieht, zeigt sich beispielsweise am Konjunkturpaket, das die Bundesregierung im Juni 2020 verabschiedete, um sowohl Arbeitnehmer*innen als auch Unternehmen und Wirtschaftszweige dabei zu unterstützen, die Folgen der Corona-Pandemie und der gesundheitlich bedingten Schließungen zu überstehen. Viele Menschen forderten, dass bei der Verteilung der staatlichen Mittel klimapolitische Aspekte bedacht werden und in die Entscheidung mit einfließen. Dies ist teilweise auch geschehen, wenn auch in völlig unzureichendem Ausmaß. Viel weniger beachtet wurden hingegen Fragen der sozialen Gerechtigkeit. Dies wäre jedoch dringend notwendig gewesen, da die Pandemie vor allem die schwächsten Mitglieder der Gesellschaft besonders schlimm trifft:

Im Globalen Norden haben BIPOC (Black, Indigenous, People of Color) ein deutlich höheres Risiko, an dem Coronavirus zu sterben, als weiße Menschen.

Viele Länder des Globalen Südens haben einen geringeren Zugang zu teurer Krankenhaustechnik und den lebensrettenden Impfstoffen. Auch können viele Länder die wirtschaftlichen Folgen deutlich weniger abfedern als etwa Deutschland das kann. Doch auch zwischen den Geschlechtern gibt es große Unterschiede. Frauen und Männer sind von der Corona-Pandemie unterschiedlich stark und in unterschiedlicher Weise betroffen. Über Personen, die sich nicht in das heteronormative Geschlechtersystem einordnen, liegen nach meiner Kenntnis kaum Daten vor - was Teil des Problems ist.

So beinhaltet vor allem die Anweisung, zu Hause zu bleiben, für viele Frauen dramatische Konsequenzen. Laut einer Studie des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend erlebt jede fünfte Frau Gewalt in der Partnerschaft. Die Zahlen häuslicher Gewalt steigen besonders in Krisenzeiten deutlich an, die Corona-Krise ist hier keine Ausnahme. Auch lässt sich laut einer Umfrage der Bertelsmann-Stiftung eine verstärkte Rückkehr zu traditionellen Rollenbildern erkennen, beispielsweise bei der Aufteilung der Hausarbeit - mehr noch als schon vor der Pandemie, als bereits ein großer Teil der Care- und Hausarbeit durch Frauen übernommen wurde (22 Stunden pro Woche durch Frauen und 9 Stunden pro Woche durch Männer). Infolge von Kita- und Schulschließungen ist auch ein deutlicher Anstieg in der Care-Arbeit zu verzeichnen, weil viele der Care-, Erziehungs- und Bildungsaufgaben zuhause übernommen werden mussten.

Zusätzlich zu den gesellschaftlichen Folgen sind Frauen auch wirtschaftlich stärker von der Pandemie betroffen als Männer:

Branchen, in denen mehr Frauen arbeiten als Männer, waren stärker von den Einschränkungen betroffen, was sich in einer höheren Quote durch die Pandemie bedingter Arbeitslosigkeit bei Frauen als bei Männern ausdrückt.

Auch arbeiten mehr Frauen in Berufen, die eine geringe soziale Absicherung aufweisen. Ein Arbeitsfeld, in dem besonders viele Frauen arbeiten, ist das Gesundheitssystem (76% der in der EU hier Beschäftigten sind Frauen). Die Beschäftigten in diesem Bereich arbeiten häufig zu sehr schlechten Bedingungen, waren aber gleichzeitig besonders gefährdet, sich mit dem Coronavirus zu infizieren.

UNWURDE
GEGE
CHT

Diese Liste ließe sich noch um einiges fortführen, deutlich geworden ist aber auch so, dass wir nicht alle ‚im gleichen Boot sitzen‘, sondern verschiedene gesellschaftliche Gruppen sehr unterschiedlich getroffen wurden und werden. Umso wichtiger wäre es gewesen, in einem Konjunkturpaket entsprechend gegenzusteuern. Das Konjunkturpaket der Bundesregierung leistete dies jedoch nicht. Das Paket besteht aus 57 Maßnahmen, die insgesamt über 158 Milliarden Euro bedürfen. Mit einem Finanzbedarf von 20 Milliarden ist die Senkung der Mehrwertsteuer eine der teuersten Maßnahmen im Konjunkturpaket. Das Ziel dahinter sei, dass Verbraucher*innen durch eine niedrigere Mehrwertsteuer Geld sparen und somit mehr kaufen können, folglich ein höherer Konsum entsteht. Die klimapolitische Wirkung des Instruments kann durchaus zu denken geben. Da die Senkung der Mehrwertsteuer auf Produkte und Dienstleistungen in gleichem Maße ohne Beachtung ihrer jeweiligen Nachhaltigkeit angewendet wird, ergibt sich daraus auch keine Lenkungswirkung.

Klimaschädliche Produkte und Dienstleistungen werden also in gleichem Maße begünstigt wie klimaschonende.

Auch in Hinblick auf die soziale Gerechtigkeit ist die Maßnahme nicht unproblematisch: Obwohl auf den ersten Blick alle Menschen in Deutschland gleichermaßen von der Senkung der Mehrwertsteuer betroffen sind, ist dennoch davon auszugehen, dass nicht alle Bevölkerungsgruppen gleichermaßen profitieren. Da die Steuer prozentual auf den Kaufpreis angerechnet wird, ist sie höher, je teurer das Produkt oder die Dienstleistung ist. Folglich ist aber auch die durch die Senkung bedingte Einsparung höher. Wer mehr kauft, profitiert stärker von der Senkung. Um mehr kaufen oder konsumieren zu können, müssen jedoch die finanziellen Mittel dafür gegeben sein. Hier zeigt sich die soziale Ungleichheit in der Gesellschaft:

So verdienen Männer statistisch mehr als Frauen, Ältere mehr als Jüngere und Personen mit Hochschulabschluss mehr als solche mit – und noch mehr als ohne – Berufsausbildung und weiße Menschen mehr als migrantische und migrantisierte Personen.

Wem also die meisten finanziellen Mittel zur Verfügung stehen, profitiert am meisten von der Maßnahme.

Viele weitere Maßnahmen in dem Konjunkturpaket weisen ähnliche Mängel auf und verdeutlichen: Noch immer sehen wir die verschiedenen Krisen als viel zu getrennt voneinander an. Es kann keine Lösung sein, eine Krise zu bekämpfen, eine andere dadurch aber zu verschärfen. Wir müssen Krisen als das begreifen, was sie sind: zusammenhängend. Nur wenn wir dies erkennen und sie auch dementsprechend angehen, können wir sie auch meistern.

Futurismus - Zukunft aber für wen?

Text Bruno Sanzenbacher, KV Offenbach

Verchromte Felgen auf frischem Asphalt. Die aerodynamische Karosserie funkelt leuchtend-rot in der Abendsonne. Auf einmal quietschen die Reifen, in weniger Sekunden als manch ein MdB an Sitzungen teilnimmt beschleunigt der Tesla Roadster auf Rennstreckengeschwindigkeit und verschwindet in den Weiten der kalifornischen Wildnis. Das gleiche Modell, welches zurzeit irgendwo zwischen Erde und Mars durch die Weiten des Weltalls rauscht. Hin zu einer neuen Zukunft. Doch wie neu ist diese tatsächlich?

Dies ist ein Werbebeispiel eines Trends der aktuellen Klimadebatte, der unter Begriffen wie Futurismus oder “Musk-ismus” zusammengefasst werden kann und eine bestehende These des Neoliberalismus neu verpackt auf die Klimakrise anzuwenden versucht.

Der Begriff Futurismus kommt ursprünglich aus der Kunstgeschichte und beschreibt eine Stilrichtung des Avantgarde zu Beginn des letzten Jahrhunderts. Ziel war es, der Zeit gemäß, die Schnelligkeit und Gewalt der neuen Gesellschaften darzustellen. Der historische Futurismus wollte das neue Reine, den entfesselten Drang beschwören, bei einigen Vertretern¹ bis hin zum italienischen Faschismus.

Klimafuturismus ist die Idee, dass wir an dieser beschleunigten Lebensweise festhalten können, solange wir nur schnell genug die Produktionsmittel und Technologien wandeln, um unsere Emissionen zu minimieren. Denn nur die Wachstums- und Entwicklungsprozesse des freien Marktes seien agil genug, um diesen strukturellen Wandel möglich zu machen. Dieser Futurismus ist zu gleichen Teilen echter Veränderungswille wie Ästhetik. Mensch denke hier als Beispiel an die bereits genannten Designs des Automobilherstellers Tesla, die dies perfektionieren.

Der Klimafuturismus zielt vor allem darauf ab, die reiche weiße Mehrheitsgesellschaft zu befrieden und sie glauben zu lassen, ihre Konsumentenscheidungen seien der entscheidende Faktor in der Überwindung dieser Krise, ohne aber substantiell etwas an diesen ändern zu müssen.

Wir müssen und sollen nichts weiter tun, als auf den Fortschritt der Wirtschaft und den Einfallreicher zu vertrauen. Wichtig anzumerken ist, dass Futurismus nicht gleich Progressivität bedeutet. Futurismus ist vielmehr Verpackung alter (Macht-)Strukturen in einem

1 Bewusster generischer Maskulin



DRN?

neuen modischen Gewand. Klimafuturismus basiert auf den Marktstrukturen des Kapitalismus und wird dadurch immer das Paradox weiter führen, dass wir einerseits nicht ohne Wirtschaftswachstum einen humanen Lebensstandard halten können und zugleich auf einer endlichen Erde für Nachhaltigkeit sorgen müssen. Zudem funktioniert der Klimafuturismus nur anhand derselben klassistischen und postkolonialen Strukturen der globalen Produktionsketten, die Menschen auf der ganzen Welt unterdrücken.

Hierin zeigt sich: der Klimafuturismus kann wenn überhaupt nur als Utopie für eine Elite, für eine reiche, westliche Elite funktionieren.

In diesem Kontext wirkt der Tesla'sche Cybertruck, als gepanzertes Offroad-Mobil für ein kommendes Endzeitszenario, noch einmal wesentlich morbider. In seinem Kern versucht der Klimafuturismus die kapitalistische Wertschöpfung vor einer Umwandlung durch aktive Klimapolitik zu bewahren.

Doch wie sind wir hier gelandet? Diese Erzählung des wundersamen Fortschrittes beginnt zeitlich mit dem Aufkommen der industriellen Revolution, sie ist das ideologische Fundament des Kapitalismus. Die "unsichtbare Hand" des Marktes sorge ganz ohne Ordnungspolitik für immer mehr technische Innovation, ergo „Wohlstand“. Immer in neuen Kontexten, zunächst als Maschinisierung und Automatisierung, dann als Digitalisierung und jetzt eben als Nachhaltigkeit, werde durch den Kapitalismus menschliches Leben auf immer neue Höhen getragen; so zumindest der Narrativ. Und bis zur Jahrtausendwende schien dieser Recht behalten zu haben. Der real-existierende Sozialismus brach zusammen und mit ihm das Bewusstsein dafür, dass ein anderes Sein möglich ist; der (neo-)liberale Kapitalismus wurde scheinbar alternativlos.

Doch jetzt sehen wir, ein blindes “Weiter so” ist nicht möglich.

Wir können nicht länger den Marktmechanismen die Organisation unserer Gesellschaft überlassen. Wir brauchen einen Staat, der gleichzeitig in Strukturen eingreift, um schnell dafür zu sorgen, dass Emissionen verhindert werden, und ein starkes soziales Netz schafft, damit keine Person zurückgelassen wird. Wir müssen schauen, wann und wo Gesellschaften bereits nachhaltig organisiert waren, und entsprechende Konzepte übernehmen. Vor allem braucht es schnelle, aber substantielle Veränderungen. Das bedeutet Dekolonialisierung der Produktionsketten, Verallgemeinerungen von Produktionsmitteln und allgemein Degrowth, also die Entkoppelung unserer Gesellschaft vom absoluten Wachstumsmandat. All dies sind Stichpunkte, die bestehenden Konzepte müssen weitergedacht werden. Es gibt noch keinen fertigen Rettungsnarrativ, vielleicht wird es diesen gar nicht geben, vermutlich braucht es einen solchen singulären Plan auch gar nicht. Dies deutet alles auf einen Punkt hin:

Arbeit darf nicht länger der Lebensmittelpunkt unserer Gesellschaft sein.

Solange aber unsere Identität, unser Selbstwert und unser soziales Standing, aber auch ganz existentiell unser blankes Überleben von unseren Beschäftigungsverhältnissen abhängen, wird eine nachhaltige Gesellschaft im Einklang mit der menschlichen sowie der gesamten Natur nicht möglich sein. Was würden wir gewinnen? Eine Gesellschaft in Harmonie; in der Bedürfnisse als Recht angesehen und erfüllt werden. Eine Gesellschaft, in der wir nicht 40 Stunden pro Woche völlig entfremdet vor uns hin arbeiten, sondern eine Gesellschaft, in der wir uns als die soziale Wesen, die wir sind, kulturell verwirklichen können. Worauf warten wir also? Lasst uns beginnen.

Geld ist für alle da

Text Laura Borgards, KV Offenbach-Land

„Roboter stehlen unsere Jobs!“, heißt es in Sci-Fi-Filmen von besorgten Bürger*innen. Die, die in diesen Filmen ihre Jobs verlieren, verlottern und verwahrlosen, leben in Armut und scheinbar ohne Lebenssinn. „Wann übernimmt endlich ein Roboter meinen Job?“, scherzen hingegen die Hobby-Komiker*innen und Montagmorgen-Hasser*innen, die gerade keine Lust haben, ihrer Erwerbsarbeit nachzugehen. Technologische Fortschritte könnten es ermöglichen, Arbeitsplätze abzubauen. Das ist kritisch in einer Gesellschaft, deren Ziel es ist, Arbeitsplätze zu schaffen, um den Menschen ein Gehalt zuzusprechen, welches sie für Produkte und Dienstleistungen ausgeben, deren Produktion oder Umsetzung Arbeitsplätze schaffen. Der Anspruch auf Geld (und damit Lebensqualität im Kapitalismus) ist direkt gekoppelt an Lohnarbeit. Lasst uns über eine Alternative sprechen. Ein System, in dem jeder Mensch Geld bekommt, einfach weil er*sie lebt. Es ist Zeit für das Bedingungslose Grundeinkommen (BGE).

„Die Idee des Bedingungslosen Grundeinkommens ist, dass alle Menschen eines Landes von der Geburt bis in den Tod jeden Monat vom Staat so viel Geld erhalten, wie sie zum Leben benötigen. Einfach so, als Grundrecht. Ohne, dass sie dafür etwas tun müssen. Ohne, dass es ihnen gestrichen werden kann. Eben bedingungslos.“¹

Bereits seit 2014 finanziert der Verein Mein Grundeinkommen e.V. aus Spenden von Privatpersonen ein Jahr lang jeden Monat 1.000 Euro BGE für zufällig ausgeloste Personen. Die Teilnehmer*innen berichten viel Positives: Sie haben ihr BGE genutzt, um sich weiterzubilden, selbstständig zu machen, Träume zu erfüllen, zu sparen oder sorgenfreier durchs Leben zu gehen. „Burnout-Symptome und Stress gehen zurück, Zufriedenheit und Kreativität nehmen zu - obwohl viele Gewinner*innen das Geld oft gar nicht anrühren.“² Nun startete im Juni 2021 auch die erste Langzeitstudie in Deutschland, die erforschen soll, wie sich ein BGE auf den Arbeitsmarkt auswirken kann. Drei Jahre lang erhalten die 122 Teilnehmer*innen 1.200 Euro monatlich. Im Gegenzug müssen sie lediglich alle sechs Monate einen Fragebogen ausfüllen, wie sich ihre Situation verändert hat. Der Vergleich mit einer Kontrollgruppe soll sicherstellen, dass eventuelle in der Studie beobachtete Effekte auf den Arbeitsmarkt auch tatsächlich auf das Grundeinkommen zurückzuführen sind. Vergleichbare Studien aus Finnland belegen bereits positive Auswirkungen des bedingungslosen Grundeinkommens auf die Psyche der Teilnehmer*innen. Die erhofften positiven Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt konnten bisher jedoch nicht explizit nachgewiesen werden.³ Für die Finanzierung des BGE gibt es verschiedene Modelle. So viel vorweg: Die gesamte Geldmenge in unserem Finanzsystem bleibt gleich, es wird nur innerhalb des Systems anders verteilt. Das nötige Geld könnte beispielsweise durch

die Einkommenssteuer, eine Finanztransaktionssteuer, eine höhere Erbschaftssteuer oder eine Vermögenssteuer erzielt werden.

Einige Modelle sehen mit der Einführung des BGE das Ende des Sozialstaates, indem Sozialleistungen wie Elterngeld, Kindergeld, Wohngeld oder BAföG wegfallen. Solch individuelle Förderung wird jedoch immer notwendig bleiben,

„das Grundeinkommen soll den Sozialstaat nicht ersetzen, sondern einfacher, zugänglicher und effektiver machen.“⁴

Um das BGE im Parteiprogramm zu verankern, haben sich engagierte Mitglieder von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zum Netzwerk Grünes Grundeinkommen zusammengeschlossen, „die ein bedingungsloses Grundeinkommen für eine zentrale Antwort auf die ökonomischen, sozialen und ökologischen Probleme unserer Zeit halten“.⁵

Im aktuellen Bundestagswahlprogramm von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN sind vom BGE nur noch Fragmente zu finden. So heißt es dort: „Jeder Mensch hat das Recht auf soziale Teilhabe, auf ein würdevolles Leben ohne Existenzangst. Deswegen wollen wir Hartz IV überwinden und ersetzen es durch eine Garantiesicherung. Sie schützt vor Armut und garantiert ohne Sanktionen das soziokulturelle Existenzminimum. Sie stärkt so Menschen in Zeiten des Wandels und kann angesichts großer Veränderungen der Arbeitswelt Sicherheit geben und Chancen und Perspektiven für ein selbstbestimmtes Leben eröffnen [...]. Sie schafft durch die Abschaffung der bürokratischen Sanktionen Raum und Zeit in den Jobcentern für wirkliche Arbeitsvermittlung und Begleitung. Dafür wollen wir die Regelsätze schrittweise anheben, sodass sie das soziokulturelle Existenzminimum verlässlich sicherstellen.“

Das Prinzip „Grundeinkommen“ hat es also auch in die Wahlprogramme geschafft. Es ist aber in dem Sinne nicht

bedingungslos, da es beispielsweise nur an „Bedürftige“ ausgezahlt werden soll. Dies könnte die gefährliche Illusion schaffen, dass du dafür belohnt wirst, nicht zu arbeiten. (Und in einer Gesellschaft, die deinen Wert als Person anhand deiner Leistung be- und verurteilt, ist das verpönt und gar faul.) Menschen fragen sich, warum sie arbeiten sollten, wenn es doch auch „Geld fürs Nichtstun“ gibt. Kritiker*innen meinen, dass durch die Einführung eines [bedingungslosen] Grundeinkommens viele wertvolle Arbeitskräfte wegfallen würden - besonders in „unbeliebten Berufen“.

Hieran gibt es mehrere Knackpunkte. Meistens sind hiermit nämlich Berufe gemeint, die mit schlechten Arbeitsbedingungen einhergehen und tendenziell von Menschen ausgeübt werden, die diesen Beruf nicht freiwillig oder gar aus Berufung ausüben, sondern aus der Not nach Geld heraus. Wie ethisch vertretbar ist es, Arbeitgeber*innen diese Machtposition einzuräumen, die finanzielle Notlage von Menschen ausnutzen zu können, um sie ungesunden, menschenverachtenden Bedingungen auszusetzen?

Der Ansatz einer finanziellen Freiheit kann Betroffene in diesen Räumen schützen und ihnen Möglichkeiten zur Selbstbestimmung zurückgeben.

Arbeitgeber*innen wären in der Verantwortung, ihre Arbeitsbedingungen anzupassen und attraktiver zu gestalten, damit Menschen weiterhin für sie arbeiten möchten. Es ist nämlich ein großer Irrtum, dass Menschen nicht arbeiten würden, wenn sie die Chance dazu hätten.⁶ Viele Menschen sehnen sich nach etwas, was sie erfüllt, nach einem Sinn im Leben. Mensch kann davon ausgehen, dass soziale Berufe sowie Ehrenämter durch die finanzielle Unterstützung beliebter werden.

Das Bedingungslose Grundeinkommen wäre ein Ansatz, um die Angst vor Armut und prekären Arbeitsverhältnissen zu bekämpfen, aber auch um Träume zu verwirklichen, mehr Menschen eine berufliche Umorientierung oder Selbstständigkeit zu ermöglichen und Care-Arbeit zu unterstützen.

Es könnte mehr Freiraume für Kreativität und die schönen Dinge im Leben schaffen.

„Die Produktivität ist etwas für Roboter. Menschen sind gut darin, Zeit zu verschwenden, zu experimentieren, zu spielen, zu erschaffen und zu erkunden.“ (Kevin Kelly)

Die GRÜNE Garantiesicherung geht in eine richtige, „gut gemeinte“ Richtung, ist jedoch nur ein neues Gewand für die ewig gleichen Sozialleistungen. Um die Gesellschaft wahrhaft finanziell und vor allem psychisch zu entlasten, wäre ein diskriminierungs- und vorurteilsfreies Grundeinkommen notwendig, welches bedingungslos jeder Person ausgezahlt wird, unabhängig von einem „Bedarf“. Lasst uns mutig sein und eine Gesellschaft schaffen, in der alle nicht nur gut, sondern auch glücklich leben können.

- 1 Mein Grundeinkommen e.V.,
mein-grundeinkommen.de/erkenntnisse/was-ist-es
- 2 Mein Grundeinkommen e.V.,
mein-grundeinkommen.de/erkenntnisse/wie-wirkt-es?active=entspannung
- 3 Tagesschau,
tagesschau.de/inland/grundeinkommen-studie-101.html
- 4 Mein Grundeinkommen e.V.,
mein-grundeinkommen.de/erkenntnisse/was-ist-es?active=sozialstaat
- 5 Netzwerk Grünes Grundeinkommen,
gruenes-grundeinkommen.de
- 6 Süddeutsche Zeitung,
sueddeutsche.de/karriere/umfrage-zur-bedeutung-der-arbeit-keine-arbeit-ist-auch-keine-loesung-1.2735669

Das Heute entscheidet über das Morgen

Text Leonie Scheurell, KV Kassel

Viele Jugendliche sind bald mit ihrem Abschluss fertig, viele Erwachsene wollen umschulen. Und sehr viele stehen vor einem großen Fragezeichen, wie es weiter gehen soll. Viele hatten Pläne, wie sie ihren weiteren beruflichen Weg weitergehen wollen.

Doch jetzt wird alles in Frage gestellt: Bekomme ich in dem Bereich überhaupt einen Ausbildungsplatz oder kriege ich einen möglichen Job nach meinem Studium? Angst haben viele, denn sie gehen Richtung Ungewissheit und haben selten einen Lichtblick in der momentanen Pandemie.

Tomorrow Today



Today Tomorrow

Viele wissen noch nicht, wo ihr Weg sie hinführen soll. Praktika zu machen ist häufig selten möglich und Minijobs in dem gewünschten Bereich zu bekommen fast ausschließbar.

In der Tourismusbranche und im Hotel- oder Gaststättenbereich wurde im Vergleich zu 2019 nur jede 3. Ausbildungsstelle angeboten, wie die Tagesschau im Juni in Bezug auf eine Untersuchung der Bundesagentur für Arbeit berichtete. Jedoch gab es auch in vielen anderen Branchen ähnliche Probleme.

Viele wollen lieber noch ein Jahr Schule weitermachen oder sich ein Jahr Zeit nehmen, um sich zu orientieren.

Neben der Ungewissheit, wie es weitergehen soll in der Zukunft, bleibt immer noch das Jetzt.

Schüler*innen, die mit dem Homeschooling nicht klar kommen, keinen Austausch mit anderen haben und Stress. Stress, der jetzt stattfindet, und doch Auswirkungen auf später hat.

Wie gut ist mein Abi oder Abschluss, welche Noten brauche ich für das, was ich vielleicht machen möchte?

Ihnen wird viel vorgegeben von Familien oder Freund*innen, welchen "Status" sie in der Berufswelt haben sollen.

Dabei wissen sie nicht mal, ob es ihnen das gibt, was ihnen wichtig ist, oder was sie wollen.

Klar ist, dass sie es viel schwieriger haben werden, einen Ausbildungs- oder Studienplatz ihrer Wahl zu finden, als Schüler*innen vor ihnen.

Wir sollten uns, egal ob privat oder in der Partei, für diese einsetzen und versuchen, ihnen die besten Chancen zu bieten. Selbst, wenn es nur eine Hilfe bei der Selbstfindungsphase ist, oder bedeutet, einfach mal den Sorgen unserer Engsten zuzuhören.

Piccolo: Schule in der Krise - nach der Krise

Daniel May, Bildungspolitischer Sprecher der GRÜNEN Landtagsfraktion

Die Corona-Pandemie hat den Schulbetrieb massiv eingeschränkt und ist insbesondere für Kinder und Jugendliche mit enormen Belastungen verbunden. Die Krise hat wie eine Lupe bestehende Probleme vergrößert. Sie hat uns Chancen der Digitalisierung aufgezeigt und einen Modernisierungsschub ausgelöst. Aber diese Modernisierung ist in Teilen noch zu wenig gelenkt und durchdacht gewesen. Außerdem sind die Grenzen der Digitalisierung deutlich geworden. Bereits die Schulschließung im Frühjahr 2020 hat allen gezeigt, dass der Präsenzunterricht auch bei guter digitaler Ausstattung nicht gleichwertig ersetzt werden kann.

Das Infektionsgeschehen gibt uns nun die Möglichkeit, die Schulen zu öffnen. Wir werden Maßnahmen ergreifen müssen, um die Folgen der Pandemie mittelfristig zu kompensieren. Darüber hinaus dürfen wir aber nicht vergessen, auch langfristige strukturelle Veränderungen anzustoßen. Es wird zunächst darum gehen, die Schüler*innen wieder an den regulären Schulbetrieb zurückzuführen, ihre Probleme, Sorgen und Ängste aufzufangen und sie bei ihren unterschiedlichen Wissensständen abzuholen. Bewertete Leistungsüberprüfungen stehen dabei nicht im Mittelpunkt. Zudem gibt es einen umfassenden Nachteilsausgleich bei der Versetzung. Im Rahmen der „pädagogischen Versetzung“ können alle Schüler*innen mit ausreichenden Leistungen im Schuljahr 2019/2020 in diesem Schuljahr versetzt werden – auch wenn die Noten in diesem Jahr keine Versetzung vorgesehen hätten. Lediglich wer das zweite Jahr in Folge keine ausreichenden Leistungen vorweisen kann, wird nicht automatisch versetzt. Zudem wird es erneut die Möglichkeit der freiwilligen Wiederholung ohne Anrechnung auf künftige Wiederholungen geben.

In den kommenden Schuljahren wird der Schwerpunkt darauf liegen, Kinder und Jugendliche mit vielfältigen Beratungs- und Unterstützungsangeboten zu stabilisieren und Rückstände nachzuholen. Mit einer sozialindizierten Erhöhung der Budgets werden die Schulen besonders gefördert, die besonders große Herausforderungen haben. Wir fördern zentrale und dezentrale Maßnahmen: Vor Ort können die Schulen passgenaue Kompensationsmaßnahmen auf den Weg bringen. Angebote wie außerschulische Programme und Ferienförderprogramme oder Fortbildungen für Lehrkräfte zur Diagnostik kommen ergänzend hinzu. Bei allen Maßnahmen liegt das Augenmerk nicht allein auf der Kompensation verpasster Lerninhalte, sondern auf einer ganzheitlichen Beratung und Unterstützung. Die Kompensation wird Zeit brauchen und nicht in einem Jahr zu leisten sein.

Darüber hinaus stellt sich die Frage, welche Erkenntnisse wir aus der Pandemie für den Schulbetrieb perspektivisch mitnehmen. Das vergangene Jahr hat uns nochmals die

Abhängigkeit des Bildungserfolgs vom sozialen Hintergrund gezeigt. Eltern konnten nur sehr unterschiedlich auffangen, was die Schule auf einmal nicht mehr leisten konnte. Dies gilt umso mehr, da die Erziehungs- und Beziehungsleistungen, die familienergänzende Funktion von Schule in den vergangenen Jahrzehnten immer mehr Raum eingenommen hat. Deswegen muss die Schule als sozialer Lebensraum von Kindern und Jugendlichen weiter gestärkt werden. Das bedeutet, dass wir Ganztagsangebote konsequent weiter ausbauen und hier Angebote im Bereich sprachlicher, kultureller, musisch-künstlerischer und Umweltbildung gezielter einbringen müssen. Wir werden die multiprofessionellen Teams weiter stärken, insbesondere über den Ausbau der Schulsozialarbeit und die sozialindizierte Lehrkräftezuweisung.

Die Corona-Krise hat - trotz aller Hast und den Schwächen bei der Umsetzung - Chancen der Digitalisierung für die Förderung von Schüler*innen aufgezeigt. Eine auf Dauer sinnvolle Digitalisierung ermöglicht individuelle Förderung durch den Präsenzunterricht ergänzende Lern-Lehr-Settings. Die Simulation oder der Clip können die Lehrkraft entlasten und somit die Chancengerechtigkeit durch Binnendifferenzierung verbessern. Die Investitionen in digitale Infrastruktur brauchen eine dauerhafte Perspektive: auch nach Ende der jetzigen Digitalpaktprogramme werden Mittel für Infrastruktur, Geräte und Support benötigt. Hier müssen Bund und Länder eine dauerhafte Vereinbarung schließen, damit in drei Jahren die Digitalisierung nicht wieder heruntergefahren wird. Vieles, was nun entstanden ist, muss evaluiert und durch Implementierung in Aus- und Fortbildung für alle Lehrkräfte als neue Instrumente zur Verfügung gestellt werden. Die Digitalisierung als integriertes Element des Schulbetriebs muss mit pädagogischen Konzepten hinterlegt werden, um Schüler*innen besser individuell zu fördern.

Abgeordnete

Tarek Al-Wazir

Stellv. Ministerpräsident –
Minister für Wirtschaft, Energie,
Verkehr und Wohnen

Kathrin Anders – 770

Sprecherin für frühkindliche
Bildung und Grundschulen

Marcus Bocklet – 633

Sprecher für Soziales, Gesund-
heit und Pflege

Silvia Brünnel – 782

Sprecherin für Frauen, Demo-
grafie, Senior*innen, Inklusion,
Familie und Politische Bildung

Taylan Burcu – 783

Sprecher für Integration,
Migration und Flüchtlinge

Miriam Dahlke – 784

Stellv. Fraktionsvorsitzende –
Sprecherin für Finanzen,
Europa und Haushaltskontrolle

Frank Diefenbach – 785

Sprecher für Weiterführende
Schulen, Wald und ländlichen
Raum

Angela Dorn

Ministerin für Wissenschaft
und Kunst

Nina Eisenhardt – 787

Sprecherin für Hochschule und
Wissenschaft

Martina Feldmayer – 748

Stellv. Fraktionsvorsitzende –
Sprecherin für Umwelt- und
Klimaschutz

Hildegard Förster-Heldmann – 580

Stellv. Fraktionsvorsitzende –
Sprecherin für Bau-, Wohnungs-
und Rechtspolitik

Jürgen Frömmrich – 632

Parlamentarischer Geschäfts-
führer – Sprecher für Medien-
politik und Landespersonal

Eva Goldbach – 744

Stellv. Fraktionsvorsitzende –
Innenpolitische Sprecherin

Vanessa Gronemann – 788

Sprecherin für Verbraucher-
schutz, Naturschutz und Sport

Priska Hinz

Ministerin für Umwelt, Klima-
schutz, Landwirtschaft und
Verbraucherschutz

Markus Hofmann – 733

Sprecher für Kommunales,
Handwerk und Mittelstand

Frank Kaufmann – 747

Sprecher für Haushalt, Flughafen Frankfurt, Landesentwicklung und Regionalplanung

Kaya Kinkel – 673

Sprecherin für Wirtschaft, Energie und Schutz der Werra

Kai Klose

Minister für Soziales und Integration

Torsten Leveringhaus – 741

Sprecher für Digitales und Datenschutz

Felix Martin – 749

Sprecher für Queerpolitik, Jugend, Ausbildung, Arbeitsmarkt, Antidiskriminierung und Kommunalfinanzen

Daniel May – 794

Sprecher für Bildung, Hochschulen für Angewandte Wissenschaften und Hochschulmedizin

Karin Müller – 745

Vizepräsidentin des Hessischen Landtags – Sprecherin für Verkehr

Hans-Jürgen Müller – 756

Sprecher für Landwirtschaft, Tierschutz und Jagd

Lukas Schauder – 758

Sprecher für Extremismusprävention, Demokratieförderung und Justizvollzug

Katrin Schleenbecker – 764

Sprecherin für Berufliche Schulen, lebenslanges Lernen, Religion

Mirjam Schmidt – 768

Sprecherin für Kunst und Kultur

Mathias Wagner – 746

Fraktionsvorsitzender

Katy Walther – 769

Sprecherin für Straßenbau und Lärmschutz

Mitarbeiter*innen

Pressestelle – 597

presse-gruene@ltg.hessen.de

Jasmine Sörgel – 651

Sekretariat Kathrin Anders,
Marcus Bocklet, Silvia Brünnel,
Taylan Burcu, Daniel May

Cornelia Döring – 654

Sekretariat Miriam Dahlke,
Martina Feldmayer, Vanessa
Gronemann, Frank Kaufmann,
Karin Müller

Stefanie Euler – 603

Sekretariat Frank Diefenbach,
Hilde Förster-Heldmann, Eva
Goldbach, Kaya Kinkel, Hans-
Jürgen Müller, Lukas Schauder

Katharina Herber – 740

Sekretariat Nina Eisenhardt,
Markus Hofmann, Torsten
Leveringhaus, Felix Martin,
Katrin Schleenbecker, Mirjam
Schmidt, Katy Walther

Jessica Höhn – 590

Sachbearbeitung und
Sekretariat Mathias Wagner

Gabriela Rehbein – 582

Geschäftszimmer und
Sekretariat Jürgen Frömmrich

Impressum

Landesgeschäftsstelle

GRÜNE JUGEND Hessen
Kaiser-Friedrich-Ring 77
65185 Wiesbaden

Organisatorische

Landesgeschäftsführerin

Nora Schweisfurth
0171 6831916
mail@gjh.de

www.gjh.de

Landesvorstand

Sprecherin

Lara Klaes
lara.klaes@gjh.de

Sprecherin

Christoph Sippel
christoph.sippel@gjh.de

Politischer Geschäftsführer

Tobias Rieth
tobias.rieth@gjh.de

Schatzmeister

Shkodran Jonuzi
shkodran.jonuzi@gjh.de

Frauen*politische Sprecherin

Hannah Blum
hannah.blum@gjh.de

Beisitzer

David Röder
david.roeder@gjh.de

Beisitzer

Zahedullah Helmand
zahedullah.helmand@gjh.de

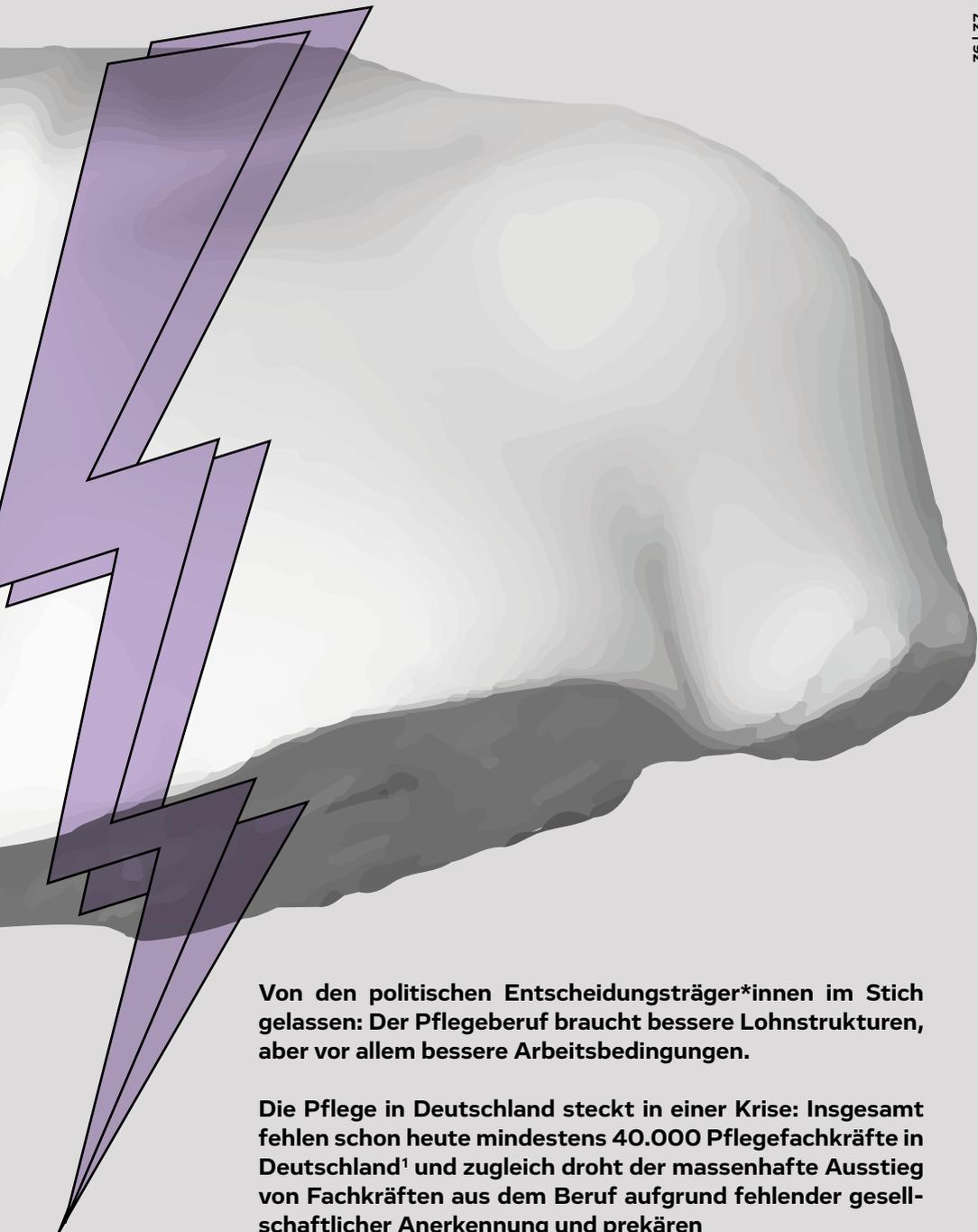
Beisitzer*in und queerpolitische*r Sprecher*in:

Larissa Dyk
larissa.dyk@gjh.de



PFLEGE- NOTSTAND

Text Viola Kaets, KV Limburg-Weilburg



Von den politischen Entscheidungsträger*innen im Stich gelassen: Der Pflegeberuf braucht bessere Lohnstrukturen, aber vor allem bessere Arbeitsbedingungen.

Die Pflege in Deutschland steckt in einer Krise: Insgesamt fehlen schon heute mindestens 40.000 Pflegefachkräfte in Deutschland¹ und zugleich droht der massenhafte Ausstieg von Fachkräften aus dem Beruf aufgrund fehlender gesellschaftlicher Anerkennung und prekären Arbeitsbedingungen.²

Laut Pflegestatistik des Statistischen Bundesamt waren im Jahr 2019 rund 4,1 Mio. Personen pflegebedürftig.³ Innerhalb von zwei Jahren ist die Anzahl um 20,9% angestiegen, wobei hier auch der seit 2017 weiter gefasste Pflegebedürftigkeitsbegriff hinein spielt. Der in der Pandemie wieder in den Vordergrund gerückte Pflegepersonalmangel ist ein schon lange antizipierter Fachkräfteengpass, der sich im Zuge der demographischen Entwicklung in Deutschland noch weiter zuspitzen wird:

Selbst konservativste Szenarien bzw. Berechnungen von Expert*innen prognostizieren einen weiteren Anstieg der Anzahl pflegebedürftiger Menschen in Deutschland.

Eine besondere Herausforderung stellt die Fachkräftesituation in der Altenpflege dar. Das Institut für Wirtschaft in Köln berechnet einen Mehrbedarf an Altenpflegepersonal bis 2035 von 150.000 auf insgesamt knapp 494.000 Fachkräfte.⁴

Nach wie vor werden die allermeisten (80%) im häuslichen Umfeld durch ausschließliche oder unter (Mit-)Hilfe von Angehörigen gepflegt. Bei der häuslichen Langzeitpflege spielt neben der informellen Pflege und Betreuung von Angehörigen - die als unentgeltliche Care-Arbeit nach wie vor überwiegend von Frauen geleistet wird - die Beschäftigung von Personen aus osteuropäischen Ländern eine tragende Rolle, da diese geschätzt ca. 600.000 sog. 24-Stunden oder Live-in-Erwerbstätigen⁵ schlichtweg Versorgungslücken und Finanzierungsproblematiken in der Pflegeversicherung schließen. Dabei ist eine 24-Stunden-Betreuung durch Person nicht nur unvereinbar mit dem deutschem Arbeitszeitgesetz bzw. Arbeitnehmerentendegesetz, sondern oftmals handelt es sich auch um ausbeuterische Arbeitsbedingungen.⁶ So hat das Bundesarbeitsgericht kürzlich geurteilt, dass 24-Stunden-Pflege- und Betreuungskräfte auch für ihre Bereitschaftszeiten gesetzlichen Mindestlohn

erhalten müssen.⁷ Geklagt hatte eine bulgarische Live-In-Erwerbstätige, die trotz ihrer Rund-um-die-Uhr-Pflege bzw. -Bereitschaft nur für die laut Vertrag festgelegten sechs Stunden Arbeitszeit am Tag bezahlt wurde. Hinzu kommt, dass Deutschland Fachkräfte aus Staaten Mittel- und Osteuropas bindet, die in den nächsten Jahren selbst verstärkt mit der Alterung der Gesellschaft herausgefordert sind. Laut Berechnungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) arbeiten heute schon mehr als 80 Prozent aller Pflegekräfte in Ländern, in denen nur rund die Hälfte der Weltbevölkerung lebt.⁸

Pflege während der COVID-19-Pandemie

Gerade im Zusammenhang mit den nochmals gestiegenen Arbeitsbelastungen während der Pandemie befürchten Arbeitsmarktexpert*innen eine große Kündigungswelle in der Pflege, die sich unter dem Hashtag #Pflexit bereits in sozialen Medien offenbart. Der Deutsche Berufsverband für Pflegeberufe (DBfK) warnt nicht erst im Zuge des Rückgangs der Beschäftigungszahlen zwischen April und Juli 2020 vor einem Massenausstieg der Pflegefachpersonen [2]. Eine im April 2021 durchgeführte Befragung der Deutschen Gesellschaft für Internistische Intensivmedizin und Notfallmedizin (DGIIN) ergab, dass knapp die Hälfte der Pflegenden ihren Stellenanteil reduzieren wollen. Noch erschreckender als diese Zahl ist das Ergebnis, dass 96% sich von den politischen Entscheidungsträger*innen in ihrer täglichen Arbeit im Stich gelassen fühlen.⁹

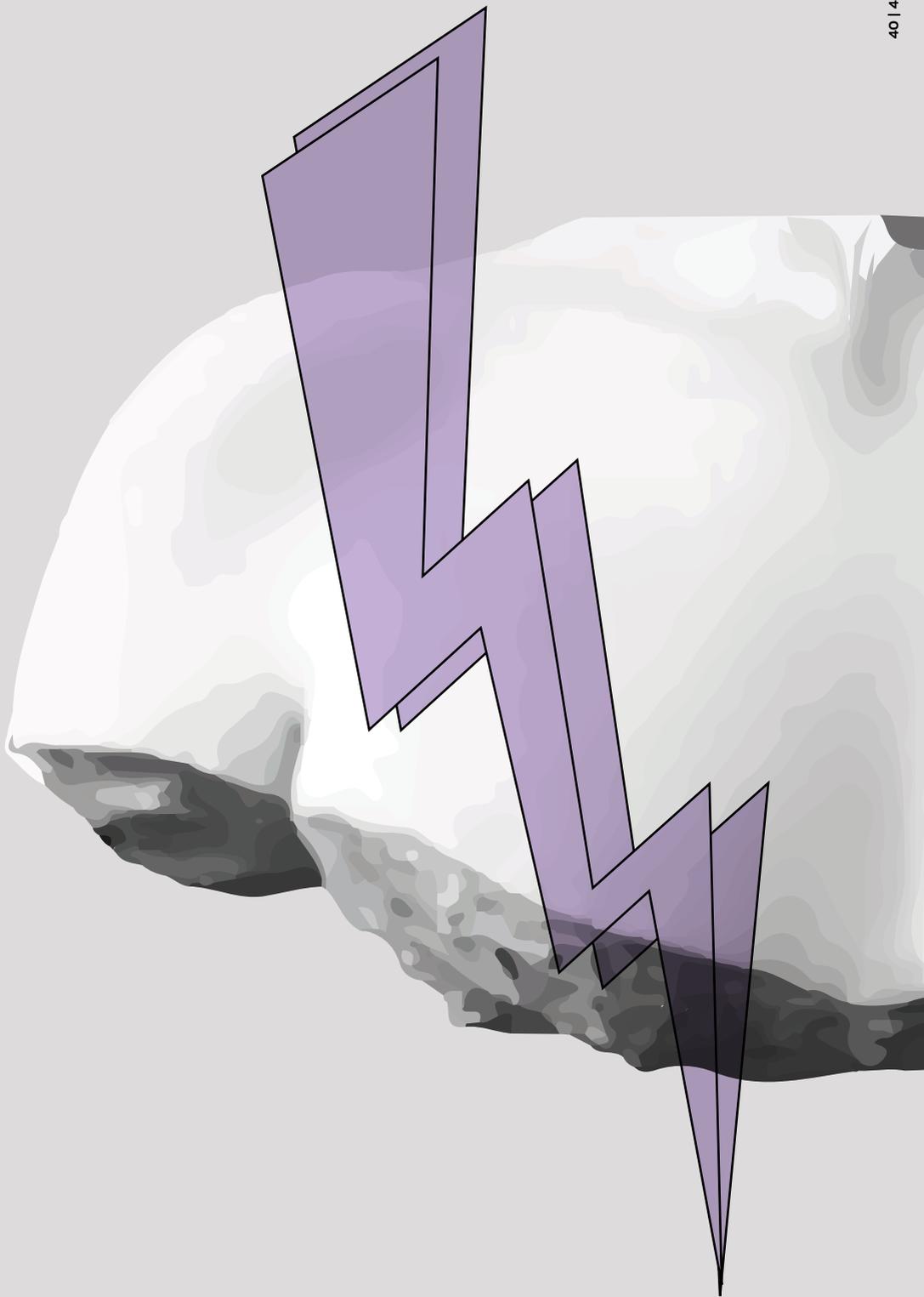
Vielmehr als die weitere Rekrutierung von Fachkräften stellt die Verbesserung der Arbeitsbedingungen hierzulande eine wichtige Stellschraube dar, um die vielen vorhandenen Beschäftigten an ihre Einrichtung bzw. ihren Beruf zu binden.

Eine Studie der Arbeitnehmerkammer Bremen und des SOCIUM der Universität Bremen macht deutlich, dass sich viele Pflegefachpersonen grundsätzlich einen Wiedereinstieg oder eine Stundenerhöhung (Anmerkung: Der Anteil der Teilzeitbeschäftigten beträgt in der Altenpflege 56% und in der Krankenpflege 43%¹⁰) vorstellen können. Als wichtigste Bedingungen hierfür werden Wertschätzung durch Vorgesetzte, Zeit für qualitativ hochwertige Pflege, bedarfsorientierte Personalbemessung, Sensibilität von Vorgesetzten für Belastungen in der Pflege und Tarifbindung genannt.¹¹ Neben der Tarifbindung ist auch ein grundsätzlicher Anstieg der Bezahlung notwendig, wie Ute Klammer vom Institut Arbeit und Qualifikation der Uni Duisburg-Essen berichtet:

Nach dem Comparable Worth-Index müsste die Bezahlung in der Pflege um mindestens 50% steigen, um gegenüber Berufen mit vergleichbaren Belastungen und Anforderungen fair zu sein.¹²

Eine weitere wertvolle Ressource stellt ein gutes Team- bzw. Betriebsklima dar, das gleichzeitig eine wichtige Voraussetzung im Hinblick auf einen erfolgreichen wechselseitigen Integrationsprozess von neuen (internationalen) Fachkräften ist und deswegen durch gezielte Maßnahmen unterstützt werden sollte.¹³

Gleichzeitig müssen die politischen Entscheidungsträger*innen Voraussetzungen und Anreize schaffen, um auf die gestiegenen und teilweise veränderten Arbeitsbedingungen zu reagieren: Die zunehmende Komplexität durch Einsatz von technischen Innovationen und die Zunahme an multimorbiden, hochaltrigen Patient*innen machen ein wissenschaftlich fundiertes und ethisch reflektiertes Handeln notwendig und erfordern damit u.a. die Aus- und Weiterbildung von spezialisierten Fachkräften. Der Wissenschaftsrat empfiehlt in diesem Zusammenhang bereits seit Jahren einen Ausbau primärqualifizierender Studiengänge für Gesundheitsfach-



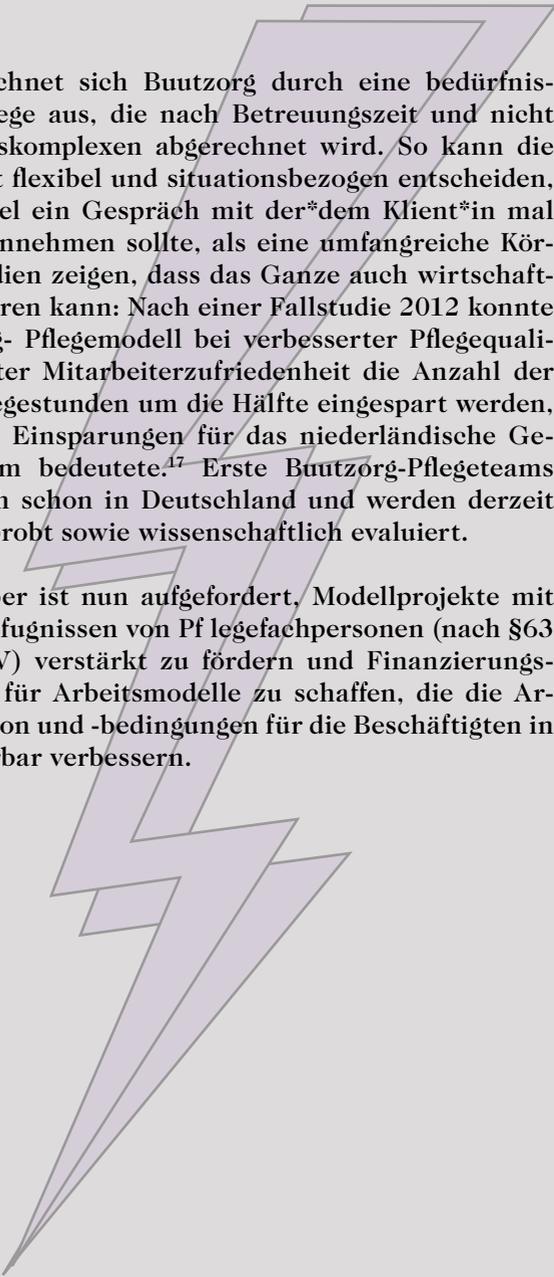
berufe und stellt dabei eine Quote von 10-20% an akademisch qualifizierten Absolvent*innen zur Disposition.¹⁴ Die Aktivitäten von Bund und Ländern lassen indes nach wie vor eine Fokussierung auf die berufliche Qualifizierung von geringqualifizierten Pflegehelfer*innen erkennen.¹⁵ Dieses Ungleichgewicht hinterlässt besonders in der Altenpflege Spuren, wo die Bezahlung gegenüber Kliniken in der Regel geringer ausfällt: Hier ist fast jede*r zweite Beschäftigte*r Altenpflegehelfer*in und unter diesen Beschäftigten haben wiederum 65% gar keine Pflegeausbildung.¹⁶

Anzustreben ist hingegen ein Qualifikationsmix aus gelernten Helfer*innen sowie spezialisierten Advanced Practice Nurses auf Masterniveau und eine vermehrte interdisziplinäre Zusammenarbeit.

Dafür bedarf es flachere Hierarchien, weitreichendere Befugnisse bei der inhaltlichen Ausgestaltung der häuslichen Krankenpflege und eine selbstständige Ausübung ärztlicher Tätigkeiten durch qualifizierte Pflegefachpersonen.

Der Niederländische Weg

Hierbei lohnt sich ein Blick in unser Nachbarland: Das Butzorg-Modell (dt. Nachbarschaftshilfe) in den Niederlanden setzt auf selbstständig arbeitende ambulante Pflegeteams, die ihre Pflege in den Nachbarschaften selbst organisieren: Von der Aufnahme von Kundschaft, der Einstellung von Kolleginnen*Kollegen, dem Qualitätsmanagement und der softwaregestützten Dienst- und Tourenplanung sowie Abrechnung. Die Teams arbeiten eng eingebunden in die örtlichen Gemeinschaften, sie stehen im Kontakt mit medizinischen und therapeutischen Leistungserbringer*innen und aktivieren das nähere Umfeld der*des Pflegebedürftigen zur Mithilfe nach dem Subsidiaritätsprinzip. Neben der hohen Selbstbestimmung und hierarchielosen kollegialen Zusam-



menarbeit zeichnet sich Buutzorg durch eine bedürfnisorientierte Pflege aus, die nach Betreuungszeit und nicht nach Leistungskomplexen abgerechnet wird. So kann die Pflegefachkraft flexibel und situationsbezogen entscheiden, ob zum Beispiel ein Gespräch mit der*dem Klient*in mal mehr Raum einnehmen sollte, als eine umfangreiche Körperpflege. Studien zeigen, dass das Ganze auch wirtschaftlich funktionieren kann: Nach einer Fallstudie 2012 konnte beim Buutzorg- Pflegemodell bei verbesserter Pflegequalität und erhöhter Mitarbeiterzufriedenheit die Anzahl der benötigten Pflegestunden um die Hälfte eingespart werden, was wiederum Einsparungen für das niederländische Gesundheitssystem bedeutete.⁴⁷ Erste Buutzorg-Pflegeteams existieren auch schon in Deutschland und werden derzeit modellhaft erprobt sowie wissenschaftlich evaluiert.

Der Gesetzgeber ist nun aufgefordert, Modellprojekte mit erweiterten Befugnissen von Pflegefachpersonen (nach §63 Abs. 3b SGB V) verstärkt zu fördern und Finanzierungsmöglichkeiten für Arbeitsmodelle zu schaffen, die die Arbeitsorganisation und -bedingungen für die Beschäftigten in der Pflege spürbar verbessern.

1. Waschinski G, Specht F (2019):
40.000 unbesetzte Stellen – Pflegenotstand in Deutschland weitet sich aus. Der Fachkräftemangel in der Pflege hat sich 2018 verschärft. Gesundheitsminister Spahn bekämpft den Notstand – doch Entspannung ist nicht in Sicht. Handelsblatt
2. Deutscher Berufsverband für Pflegeberufe (DBfK) (2021):
Pflegeberuf: Kein Grund zu bleiben. Treibt die Pandemie weltweit Pflegefachpersonen aus dem Beruf?, Berlin
3. Statistisches Bundesamt (2020):
Pflegestatistik. Pflege im Rahmen der Pflegeversicherung - Deutschlandergebnisse 2019, Wiesbaden
4. Flake R, Kochskämper S, Risius P et al. (2018):
Fachkräfteengpass in der Altenpflege. IW-Trends 45 (3)
5. Lutz, H. (2018):
Die Hinterbühne der Care-Arbeit. Transnationale Perspektiven auf Care-Migration im geteilten Europa, 1. Auflage. Arbeitsgesellschaft im Wandel. Beltz Juventa, Weinheim, Basel
6. Emunds B, Habel S (2020):
Von der Schwarzarbeit zum "grauen Markt" - und darüber hinaus? Neuere und künftig notwendige Entwicklungen der sog. 24-Stunden-Pflege. In: Jacobs K, Kuhlmeier A, Greß S et al. (eds) Pflege-Report 2020. Neuausrichtung von Versorgung und Finanzierung. Springer, Berlin, S. 111–120
7. Bundesarbeitsgericht (24.06.2021):
Mindestlohn - Bereitschaft - ausländische Betreuungskräfte. 5 AZR 505/20
8. World Health Organization (2020):
State of the World's Nursing 2020. Investing in education, jobs and leadership. Executive Summary
9. Deutsche Gesellschaft für Internistische Intensivmedizin und Notfallmedizin (2020):
Online-Befragung Belastungserleben während der dritten Coronawelle, Berlin

10. Bundesagentur für Arbeit (2021):
Arbeitsmarktsituation im Pflegebereich. Blickpunkt Arbeitsmarkt
11. Auffenberg, J., Heß, M. (2020):
Pflegekräfte zurückgewinnen – Arbeitsbedingungen und Pflegequalität verbessern. Bericht zur Studie „Ich pflege wieder, wenn ...“ der Arbeitnehmerkammer Bremen und des SOCIUM der Universität Bremen, Bremen
12. 3sat.Online (2021):
Zukunft der Arbeit - Coronahelden - makro vom 02.02.2021. <https://www.3sat.de/gesellschaft/makro/zukunft-der-arbeit-2- coronahelden-ganze-sendung- 100.html>. Zuletzt geprüft am: 04.05.21
13. Gold, C., Kaets, V., Schulze, U. (i.E.):
Zusammenarbeit und Zusammenhalt im transkulturellen Pflegeteam. Die Schwester | Der Pfleger 60 (11)
14. Wissenschaftsrat (2012):
Empfehlungen zu hochschulischen Qualifikationen für das Gesundheitswesen, Köln
15. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (2013):
Mehr Fachkräfte für die Altenpflege. Gesetzliche Neuregelung. https://www.dbfk.de/media/docs/presse/PM/Pm- DBfK_Berufsausstieg_Pandemie.pdf. Zuletzt geprüft am: 28.04.21
16. Groll T (2019):
Altenpflege: Der Mangel betrifft nur die Fachkräfte. Die Zeit
17. Buurtzorg International (2021):
Buurtzorg. <https://www.buurtzorg.com/>. Zuletzt geprüft am: 10.05.21

Queerpolitik der EU - ein leuchtendes Vorbild?

Amy Zietlow, KV Marburg-Biedenkopf

Das EM-Vorrundenspiel Deutschland gegen Ungarn haben viele sicher noch in Erinnerung. Nicht wegen einer überragenden spielerischen Leistung, sondern weil die Allianz Arena an jenem Abend trotz vieler Forderungen nicht in Regenbogenfarben leuchtete. Aber warum sollte die Münchner Arena überhaupt bunt erstrahlen? Hintergrund ist ein Gesetz, welches im Juni vom ungarischen Parlament verabschiedet wurde. Dieses soll sogenannte „Homosexuellen Propaganda“ einschränken. Kindern und Jugendlichen dürfen von nun an keine Bücher, Filme oder andere mediale Inhalte zugänglich gemacht werden, die Homosexualität oder Geschlechtsangleichungen zum „Selbstzweck“ darstellen. Was auch immer das bedeutet. Fakt ist, dass das Wort „Selbstzweck“ juristisch nicht genau definiert ist. Im Zweifelsfall kann man es auf alles anwenden. In Zukunft könnte also eventuell sogar das Zeigen einer Regenbogenflagge in der Öffentlichkeit verboten werden.

Ursprünglich war die Idee hinter dem neuen Gesetz, das Strafmaß für pädophile Handlungen zu verschärfen. Jetzt wird die gesamte LGBTQIA*-Community als potenzielle pädophile Straftäter*innen diskriminiert. Bereits in der Vergangenheit wurden queere Menschen in Ungarn staatlich eingeschränkt: Zum Beispiel wurde das

Fach Gender Studies an Unis verboten, eine Änderung des Geschlechtseintrags ist nicht mehr möglich und das Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare wurde aufgehoben. Orbán versucht so im Hinblick auf die Parlamentswahlen im nächsten Jahr konservative Wähler*innen an sich zu binden und die Öffentlichkeit aufzuhetzen.

Auch die polnische Regierung wurde im vergangenen Jahr immer wieder kritisiert. Dort hat die regierende PiS-Partei queere Menschen zu einem Feindbild erklärt. Mehr als 100 Lokalregierungen, insbesondere im katholisch geprägten Süden und Osten, haben sich zu sogenannten „LGBT-freien Zonen“ erklärt. So sprach beispielsweise der Krakauer Erzbischof von einer „Seuche in den Farben des Regenbogens“. Für Betroffene hat das furchtbare Auswirkungen: Beleidigungen, Ausgrenzung, Angriffe auf Demonstrationen der LGBTQIA*-Community. Insbesondere bei jungen queeren Menschen nimmt die Zahl der Suizide zu.

Diskriminierung, Gewalt und Hate Speech gegen die LGBTQIA*-Community müssen EU-weit beendet werden. Unsere Bundesregierung hat ebenfalls einiges nachzuholen. Queere Personen werden in Deutschland vielfältig benachteiligt und diskriminiert. Deshalb müssen wir im Grundgesetz den Artikel 3 um den Schutz vor Diskriminierung auf Grund von sexueller Orientierung erweitern, queere Zentren stärken, Schutzräume für queere Geflüchtete schaffen, das Familienrecht reformieren und Vielfalt in die Lehrpläne bringen. Nicht zuletzt muss das demütigende „Transsexuellengesetz“ endlich durch ein Selbstbestimmungsgesetz abgelöst werden. Und vielleicht sollten politisch Verantwortliche in Zukunft den Mut haben, trotz Gegenwind öffentliche Räume, wie Fußballstadien, in Regenbogenfarben erstrahlen zu lassen. Dass das allein aber nicht reicht, ist klar.

Herausgeber

GRÜNE JUGEND Hessen
Auflage 200 Stück

Redaktion

Laura Borgards,
Bruno Sanzenbacher,
Emelie Diefenbach,
Leonie Scheurell,
Karen von Rüden,
Vanessa Neumann

V.i.S.d.P.:

Lara Klaes und
Christoph Sippel

Art Direction und Design

Bureau Mitte
hello@bureaumitte.de

Fotografie

Anna Pirot

Druck

Saxoprint

Der Schampus ist die Informationszeitschrift der GRÜNEN JUGEND Hessen und erscheint mit zwei Ausgaben pro Jahr.

Die Zustellung des Schampus erfolgt nur noch digital, Mitglieder können sich den Schampus auf Anfrage kostenlos per Post zusenden lassen.

Für eingesandte Manuskripte sind wir dankbar, behalten uns jedoch die Veröffentlichung vor. In dieser Zeitschrift andruckte Artikel geben nicht in allen Fällen die Meinung der Redaktion wieder.

Du suchst Kontakt zu den Kreisverbänden? Du willst wissen, welche Arbeitskreise es gibt und wie du dich dort engagieren kannst? Du fragst dich, welche Termine anstehen und welche Pressemitteilungen bei der GRÜNEN JUGEND Hessen aktuell sind?

Dann besuch uns im Internet

www.gjh.de
Instagram: [gjhessen](https://www.instagram.com/gjhessen)
Facebook: [fb.com/Gruene.Jugend.Hessen](https://www.facebook.com/Gruene.Jugend.Hessen)
Twitter: [@GJHessen](https://twitter.com/GJHessen)